



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2019/2998

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

01.07.19

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	01.07.2019	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Vermeidung von Stromsperrern bei Hartz-IV-Empfängern

- Jährlicher Bericht zu Energiesperren bei Haushalten in Grundsicherung

- Ergänzungsantrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 28.06.19 zum Antrag Nr.

2019/2900

**Anlage/n:**

2998 - Antrag



Ratsgruppe DIE LINKE.LEV  
Humboldtstr. 21  
51379 Leverkusen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

28.06.19

### **Veröffentlichung eines jährlichen Berichtes zu Energiesperren bei Haushalten in Grundsicherung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates sowie der zuständigen Gremien:

Die Verwaltung der Stadt Leverkusen und die Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL) erstellen für den Rat und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren einen jährlichen Bericht über die Anzahl und Dauer Energiesperren (Strom und Gas) bei Haushalten in Grundsicherung.

#### **Begründung:**

In Leverkusen wird Seitens der EVL und der Verwaltung in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden und der Arbeitsgemeinschaft Leverkusen viel dafür getan, um Stromsperren zu verhindern bzw. schnell wieder aufzuheben. Im Jahr 2018 wurden laut der Verwaltung 2.559 Haushalten und Gewerbebetrieben die Zurückbehaltung der Energielieferung angekündigt und insgesamt in 773 Fällen tatsächlich vollzogen (eine Unterteilung zwischen Haushalten und Betrieben ist nicht möglich) und . Trotz der relativ geringen Fallzahl, stellen die Sperrungen für die betroffenen Haushalte eine Einschränkung der Lebensqualität dar, weshalb besonders hohe Aufmerksamkeit für dieses Thema gefragt ist. Um einer etwaigen Zunahme von Energiesperren, die im Bundestrend auszumachen ist, oder vermehrte Verzögerungen bei deren Aufhebung, wie sie scheinbar manche Bürger/innen erleben, frühzeitig durch geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Stromsperren (z.B. zur weiteren Stärkung und Ausweitung des bestehenden Präventionsnetzwerkes) entgegen wirken zu können, sollte für den Rat und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren ein jährlicher Bericht zur Anzahl und Dauer der Energiesperren bei Haushalten in Grundsicherung erstellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Björn Boos  
Die LINKE.LEV

Keneth Dietrich